



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
Berlin-Brandenburg

Herausforderungen für eine wachsende Stadt

Andreas Geisel

Hintergrundgespräch Berlin 26. Januar 2016

Im Hintergrundgespräch mit Andreas Geisel, Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, diskutieren die Mitglieder des Managerkreises Berlin-Brandenburg über Bauvorhaben, Bevölkerungsentwicklung und Kommunikation zwischen Öffentlichkeit, Senat und Bezirksregierungen.

Berlin wächst – bis 2030 soll die Bevölkerungszahl auf 3,8 Millionen Einwohner_innen steigen. Bis 2017 wird zudem eine große Zahl Geflüchteter in Berlin erwartet, sodass die Wachstumszahlen für diese Jahre noch steigen werden und Berlin die 4-Mio-Marke erreicht. Die Bevölkerung wird heterogener und älter. Auf diesen demografischen Wandel braucht es politische Antworten, vor allem aus dem Bereich der Stadtentwicklung. Andreas Geisel legt den Fokus am Abend des 26. Januar 2016 in Berlin auf fünf Punkte:



Wohnen, Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung, Mobilität und Kooperation Berlin-Brandenburg.

„Wir müssen bauen, bauen, bauen!“

Die Bevölkerung Berlins wächst rasant, Prognosen ergeben einen Bevölkerungszuwachs von mindestens 265 000 Menschen bis zum Jahr 2030. Diese Entwicklung treffe auf einen Wohnungsmarkt ohne Spielraum. Die wohnungsbauliche Entwicklung der Hauptstadt, so Geisel, sei für den Senat eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. In 2015 habe man 12.000 Wohnungen gebaut, in 2016 seien 15.000 zu erwarten, diese Produktivität soll für die nächsten Jahre auf bis zu 20.000 Wohnungen im Jahr gesteigert und verstetigt werden.

Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen

Für eine solche Entwicklung müsse bestimmten Engpässen aktiv entgegengewirkt werden, dies beziehe sich vor allem auf räumliche und rechtliche, aber auch auf personalspezifische Fragen innerhalb der zuständigen Verwaltungen. Durch die Entwicklung innerhalb der Personalstruktur der Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen stehe man vor erheblichen Herausforderungen. Die Personalkürzungen der letzten Jahre, verbunden mit geringen Zahlen an Neueinstellungen, haben zu einer zunehmenden Alterung und Verknappung der Belegschaft geführt. Problematisch sei dies für die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung, außerdem, so Geisel, werde durch altersbedingtes Ausscheiden „Knowhow verloren gehen“.

Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung der Berliner Wirtschaft und des hiesigen Arbeitsmarktes sei überwiegend positiv. Für die Zukunft gehe es darum, das Wirtschaftswachstum weiter aufrecht zu erhalten. Dies müsse abseits des industriellen Sektors geschehen, weil nach wie vor nicht damit zu rechnen sei, dass große produzierende Unternehmen sich in Berlin ansiedeln werden. Die Alterung der Berliner Bevölkerung werde vor allem durch Zuwanderung ausgeglichen. Dafür bedürfe es jedoch einer aktiven Arbeitsmarktintegration der

Zugezogenen. Für Personen nicht-europäischer Herkunft, deren Integration angesichts der großen Anzahl Geflüchteter eine der zentralen Aufgaben sein wird, gehe es dabei vor allem um die rasche Klärung von Statusfragen und die damit verbundene Arbeitserlaubnis.

Mobilität und Kooperation Berlin-Brandenburg

Außerdem müsse das Wachstum der Stadt durch den Ausbau der Infrastruktur begleitet werden, sowohl für den öffentlichen Nahverkehr, als auch den Auto- und Radverkehr. Gerade für die Kooperation Berlin-Brandenburg sei dies von wachsender Bedeutung. In Brandenburg stünden derzeit 20.000 Wohnungen leer. Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt könne auch über freie Kapazitäten im Umland entlastet werden, hierfür seien die Verkehrsverbindungen jedoch ausschlaggebender Faktor. „Wir werden Berlin-Brandenburg wieder besser denken müssen“, so Stadtentwicklungssenator Geisel.

„Vertrauen entsteht über Partizipation“

In der folgenden Diskussion mit den Mitgliedern des Managerkreises Berlin-Brandenburg liegt der Fokus auf der Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und Politik. Für die Entwicklung einer wachsenden Stadt und die Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen, vor allem der Frage des Wohnungsbaus und der Unterbringung geflüchteter Menschen, ist eine handlungsfähige und verantwortliche Politik unerlässlich.

In der Vergangenheit seien Vorschläge des Senats jedoch vermehrt an Bürgerinitiativen gescheitert. Für Senator Geisel ist dieser Widerstand gegen die Wachstumspläne des Senats ein Problem des Vertrauens der Bevölkerung in die Verlässlichkeit der Politik. Im Falle des Tempelhofer Feldes, habe die Bevölkerung nicht geglaubt, dass im Zuge der Bebauung sozialer Wohnungsbau bevorzugt werde. Nicht zuletzt daran sei der Vorschlag des Senats gescheitert.

„Vertrauen entsteht über Partizipation“, so Geisel. Die digitale Entwicklung fördere die Vernetzung der Verantwortlichen und der Bürgerinnen und Bürger, gleichzeitig mache sie Expertenentscheidungen schwieriger. Im Laufe der Diskussion werden sich die Teilnehmer_innen des Hintergrundgesprächs jedoch einig, dass sich über Partizipation allein nicht alle Probleme lösen lassen werden.

Sowohl die Entwicklung des (sozialen) Wohnungsbaus in Berlin, als auch die Unterbringung von Geflüchteten, erfordere politische Entscheidungen. Die Verantwortung müsse politisch übernommen werden, offene und transparente Diskussionen müssen von aktivem politischem Handeln begleitet werden. Der Vertrauensverlust der Berliner_innen führe nicht nur zu einer Stagnation der Entwicklung, sondern berge gleichzeitig die Gefahr eines politischen Rechtsrucks. Nicht zuletzt deswegen sei eine aktive Politik des Senats wichtig, die eine offene Auseinandersetzung mit der Berliner Bevölkerung fördert, Spielräume für Partizipation lässt und gleichzeitig klar Verantwortung übernimmt.